



Workshop-Thema: Gesellschaftspolitik

1. Hintergrund und Ziele des Workshops

Reaktionäre und rechtsgerichtete Gruppierungen führen seit mehreren Jahren Kampagnen gegen emanzipatorische Fortschritte und gegen eine Toleranzerziehung an Schulen für Vielfalt. Angriffspunkte für diese Bewegungen und Gruppierungen sind insbesondere die Gleichstellung von Frauen und das Aufbrechen von Rollenzuschreibungen, die Gleichberechtigung homosexueller Paare sowie die auf eine Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz von Vielfalt abzielende Überarbeitung von Bildungsplänen.

Die teilweise medial inszenierten Unterstellungen und Behauptungen entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage und offenbaren eine eklatante Unkenntnis des jeweiligen fachspezifischen Diskussionsstands. Die Personen, Vereinigungen und Parteien, die überwiegend aus dem rechtsreaktionären und konservativ-religiösen Spektrum stammen, erzeugen durch Panikmache, Falschdarstellungen und Verwendung fehlerhafter Zitate gezielt diffuse Ängste.

Diese Angriffe gefährden die bisher gemachten Fortschritte und erschweren das Vorankommen in den genannten Bereichen. So beharrt auch die deutsche Bundesregierung immer noch auf eine Ungleichbehandlung homosexueller Paare, wenn auch mit fortschreitenden rechtlichen Anpassungen der eingetragenen Lebenspartnerschaft an die Ehe. In einigen Bundesländern gibt es zwar diesbezüglich Fortschritte durch Aktionspläne, die sich gegen Homo- und Transphobie einsetzen, aber auch zum Teil heftige Widerstände.

In dem Workshop Gesellschaftspolitik wurde anhand eines Inputs von Prof. Sielert beleuchtet, mit welchen Argumenten diese Bewegungen aktuell arbeiten, um anschließend Ideen und Strategien herauszuarbeiten, mit denen diesem gesellschaftlichen Backlash begegnet werden kann.

Ulle Schauws, Sprecherin für Frauenpolitik und Sprecherin für Kulturpolitik in der Bundestagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen moderierte den Workshop gemeinsam mit **Marion Lüttig**, Co-Sprecherin der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft Lesbenpolitik, Präsidiumsmitglied des Bundesfrauenrats sowie Mitglied im Landesvorstand des LSVD Baden-Württemberg.

Auch Presse (Die Welt) war anwesend und berichtete in Teilen aus dem Workshop:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article155581352/Besuch-auf-dem-Queer-Kongress-der-LGBTIQ-Community.html>

2. Input von Prof. Uwe Sielert zur „Diffamierungskampagne gegen Sexualpädagogik der Vielfalt“

- Vorwürfe und Angriffe mit „Kampfbegriffen“, womit insgesamt ein Bedrohungsszenario aufgebaut wird:
 - Meinungskartell (Verschwörung)
 - Frühsexualisierung von Kindern (Überbetonung von Lust)
 - „Gender-Wahn“ und „Genderismus“
 - Überbetonung sexueller Minderheiten – einer „Homo-Lobby“ wird Macht zugesprochen
 - Zerstörung von Ehe und Familie
 - Irritation von Kindern
 - Indoktrination
 - Staatsfeminismus
 - Dominanz einer sogenannten „Homosexuellen-Lobby“
 - Verletzung des Neutralitätsgebots der Schule
- Personifizierung
 - Abstammungslinien dieser „bösen Gedanken“
 - Verhöhnung
 - Absprechtung einer Kompetenz (unwissenschaftlich)
- Dekontextualisierung (Reizwörter – herausgegriffen und überbetont)
- Falschaussagen, Verbreitung falscher Zitate
- Fachliche Basiskonzepte werden ignoriert
- Spaltung innerhalb der (queer)feministischen und sexualpädagogischen Arbeit durch Ausspielen unterschiedlicher Forschungs- und Theorieansätze
- Auseinanderbringen von Menschenrechtsaktivist*innen
- Bevölkerung überfordert von Vielfalt – sucht eigene Konstrukte
- Schüren von Angst und Aufbau von Bedrohungsszenarien
 - Pädophilie
 - Sexualisierte Gewalt
 - Abschaffung von Ehe und Familie
- Verunsicherung von
 - Eltern
 - Pädagog*innen

3. Diskussion: Mögliche Strategien gegen den Backlash

Prof. Uwe Sielert vertrat die wissenschaftliche Seite in unserem Workshop. Er setzt sich am Institut für Sexualpädagogik (isp) für eine emanzipatorische Sexualpädagogik ein und hat sie in Deutschland entscheidend mitgeprägt. Er setzt sich ein für eine lustfreundliche und vor sexueller Gewalt warnende sexuelle Bildung von Kindern, der Anerkennung vielfältiger sexueller Identitäten sowie der Betonung von Sexualpädagogik als Aufgabe öffentlicher Bildungseinrichtungen. Zur Weiterentwicklung seiner Forschungen wurde an der Universität zu Kiel eine Juniorprofessur für Sexualpädagogik mit dem Schwerpunkt Gewaltprävention eingerichtet.

- Rechtliches Vorgehen gegen Diffamierungen.
- Eigene Position stärken (Forschung, Publikationen, Diskussionen).

Margit Gottstein, Bündnis '90/Die Grünen, vertrat im Rahmen unserer Diskussion die Politik. Sie war Staatssekretärin im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Rheinland-Pfalz. Das Land Rheinland-Pfalz hat 2015 einen Maßnahmenplan zur völligen rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz sexueller Vielfalt erarbeitet und durch das Kabinett verabschiedet. An der Entwicklung des Landesaktionsplans unter Federführung des Familienministeriums waren alle Ressorts der Landesregierung beteiligt. Umgesetzt wird der Plan gemeinsam mit den Selbstorganisationen der queeren Lebensweisen.

- Themen politisch hoch aufhängen / ansiedeln und verankern.
- Aktionspläne
 - partizipativ erarbeiten (zusammen mit queeren Organisationen),
 - breit in der Verwaltung verankern,
 - Schulungen zur Sensibilisierung der Verantwortlichen.
 - Möglichst alle Verantwortlichen mitnehmen.
- Umfragen zur Sichtbarmachung und zum Aufzeigen der Relevanz
- Bildung als Schlüssel:
 - Kita-Koffer
 - Schlau
 - Bildungspläne für Schulen
- Personen und Gruppen außerhalb der LGBTTIQ*-Community einbinden (des „Homo-Lobbyismus unverdächtige“)

Dagmar Kohnen vertrat in unserer Diskussion die Arbeitswelt. Als LGBTI-Diversity-Expert der Siemens AG setzt sie sich ein für das Miteinander von Jung und Alt, von Männern und Frauen, von Menschen mit und ohne Behinderung, mit unterschiedlichen Hautfarben, unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Identitäten. Als Vorstandsmitglied bei der dgti (Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V.) setzt sie sich für die Akzeptanz von Transidenten innerhalb der Gesellschaft ein.

- Verbündete suchen
- Allianzen eingehen

- Netzwerke aufbauen und pflegen

Detlev Buchholz brachte die Perspektive der Hochschulen in die Diskussion ein. Als Sprecher des Netzwerks „Bildung durch Verantwortung“ unterstützt er Hochschulen bei der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Als Präsident der Frankfurt University of Applied Sciences, hat er sich von 2008 bis 2014 für Integration, Bildungsaufstieg und Inklusion maßgeblich eingesetzt - und u.a. durch seine Mitgliedschaft bei den LGBTQ-Presidents in Higher Education über die Landesgrenzen hinaus für ein respektvolles, diskriminierungsfreies Miteinander verschiedenster Kulturen und Lebensweisen geworben. Im Auftrag der Bundesministerin für Bildung und Forschung war er in zwei Programmrunden Gutachter für Frauenförderung an Hochschulen.

- Angreifer*innen und ihre Motive entlarven mittels fachlich fundierter und differenzierter Beiträge.
- Ehrenamtliche Tätigkeiten von Student*innen curricular verankern.
- NGO sollen auf Hochschulen zugehen und Student*innen für Ehrenämter gewinnen.
- Eigene Sprache, eigenes Verhalten kritisch betrachten. Problematisches und diskriminierendes nicht unreflektiert produzieren.

4. Forderungen an die Politik der Grünen

- Grüne dürfen sich selbst nicht aus der Kritik nehmen – Menschenrechte sollen in Koalitions-Verträgen nicht relativiert werden.
- Der Forderung / dem Bedürfnis nach einfachen Antworten auf komplexe Fragen nicht nachgeben und entsprechende Botschaften formulieren.

Workshop-Team: Dimitrios Bakakis, Werner Gaßner, Ralf Jack-Hoang, Marion Lüttig

Moderation: Marion Lüttig, Ulle Schauws

Referent*innen: Detlev Buchholz, Margit Gottstein, Dagmar Kohlen, Prof. Uwe Sielert